



CDU-Landesgruppe NRW in der Fraktion und den Ausschüssen des Bundestages gut vertreten

Die CDU-Landesgruppe NRW ist in allen Ausschüssen des 19. Deutschen Bundestages und im Fraktionsvorstand sehr gut vertreten. Den Überblick über die politischen Zuständigkeiten verschafft Ihnen diese Tabelle:

Name MdB	Wahlkreis	Ordentliche Ausschussmitgliedschaft und/oder weitere Funktion	Stellvertretende Ausschussmitgliedschaft
Sybille Benning	129 Münster	Bildung und Forschung	Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Peter Beyer	105 Mettmann II	Auswärtiges	Europa
Dr. Ralf Brauksiepe	139 Ennepe-Ruhr-Kreis II	PSSt BM der Verteidigung Stellv. Vors. der Landesgruppe	
Ralph Brinkhaus	131 Gütersloh	Stellv. Fraktionsvorsitzender	Finanzen Haushalt
Dr. Carsten Brodesser	99 Oberbergischer Kreis	Finanzen	Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Marie-Luise Dött	117 Oberhausen-Wesel III	Sprecherin Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Wirtschaft und Energie
Hermann Gröhe	107 Neuss I	Bundesminister für Gesundheit	
Christian Haase	136 Höxter-Lippe II	Vorsitzender AG Kommunalpolitik Haushalt	Umwelt Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Jürgen Hardt	103 Solingen- Remscheid-Wuppertal II	Sprecher Auswärtiges	Verteidigung Europa
Matthias Hauer	120 Essen III	Finanzen	Innen Recht und Verbraucherschutz Haushalt
Dr. Matthias Heider	149 Olpe-Märkischer- Kreis I	Wirtschaft und Energie	Europa
Rudolf Henke	87 Aachen	Gesundheit	Arbeit und Soziales Bildung und Forschung
Marc Henrichmann	127 Coesfeld-Steinfurt II	Innen	Arbeit und Soziales Petitionen
Ansgar Heveling	110 Krefeld I – Neuss II	Justiziar Recht und Verbraucherschutz	Innen Kultur und Medien
Prof. Dr. Heribert Hirte	94 Köln II	Recht und Verbraucherschutz Europa	Finanzen
Thomas Jarzombek	106 Düsseldorf I	Sprecher für Digitale Agenda Verkehr und digitale Infrastruktur	Wirtschaft und Energie
Anja Karliczek	128 Steinfurt III	Parlamentarische Geschäftsführerin	Finanzen Haushalt
Dr. Georg Kippels	91 Rhein-Erft-Kreis I	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gesundheit	Europa
Volkmar Klein	148 Siegen- Wittgenstein	Sprecher Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Auswärtiges Haushalt
Dr. Günter Krings	109 Mönchengladbach	PSSt BM des Innern Vorsitzender der Landesgruppe	
Dr. Carsten Linnemann	137 Paderborn	Arbeit und Soziales	Finanzen
Karsten Möring	93 Köln I	Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	Wirtschaft und Energie Verkehr und digitale Infrastruktur
Michaela Noll	104 Mettmann I	Auswärtiges	Familie, Senioren, Frauen und Jugend Recht und Verbraucherschutz
Wilfried Oellers	89 Heinsberg	Arbeit und Soziales	Ernährung und Landwirtschaft
Sylvia Pantel	107 Düsseldorf II	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Gesundheit Bildung und Forschung
Thomas Rachel	90 Düren	PSSt BM für Bildung und Forschung	
Kerstin Radomski	114 Krefeld II – Wesel II	Haushalt	Bildung und Forschung

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



diese Woche stand nicht nur im Zeichen der zeitlich auf eine Woche konzentrierten Koalitionsverhandlungen, sondern auch die Gesetzgebungsarbeit des Bundes-

tages ging weiter: am heutigen Donnerstag hat der Bundestag das Gesetz zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten beschlossen. Dazu hatten sich die Spitzen und die Innenpolitiker der Union und der SPD am Dienstag auf einen Änderungsantrag zu dem von uns in der letzten Sitzungswoche eingebrachten Gesetzentwurf geeinigt. Wichtig für uns ist es, dass es auch nach dem Auslaufen der bisherigen alten Regelung zu keinem unkontrollierten Familiennachzug bei subsidiär Geschützten, die einen Schutzstatus auf Zeit haben, kommt. Zunächst bleibt der Familiennachzug nun bis Ende Juli dieses Jahres ausgesetzt, danach wird der Nachzug in einem begrenzten Umfang von maximal 1.000 Personen im Monat für humanitäre Fälle möglich. Dabei wird es sich allerdings nur um die Kernfamilie handeln.

Im Gegenzug entfällt die Aufnahme von monatlich 1.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien, d.h. es werden keine zusätzlichen Menschen zu uns kommen. Wie bisher wird es darüber hinaus eine Härtefallregelung für besondere Fälle geben.

Die von uns mit der SPD ausgehandelte Lösung entlastet unsere Kommunen, denn für eine funktionierende Integration müssen zum Beispiel genügend Wohnraum oder auch ausreichende Angebote für Sprachunterricht zur Verfügung stehen.

Es grüßt Sie

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW
Foto: Laurence Chaperon

Johannes Röring	126 Borken II	Obmann Ernährung und Landwirtschaft	Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Dr. Norbert Röttgen	98 Rhein-Sieg-Kreis II	Vorsitzender Auswärtiger Ausschuss	
Stefan Rouenhoff	112 Kleve	Wirtschaft und Energie Tourismus	Europa
Uwe Schummer	111 Viersen	Arbeit und Soziales	Gesundheit
Detlef Seif	92 Euskirchen-Erft-Kreis II	Obmann Europa Innen	Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
Reinhold Sendker	130 Warendorf	Verkehr und digitale Infrastruktur	Ernährung und Landwirtschaft
Prof. Dr. Patrick Sensburg	147 Hochsauerlandkreis	Vorsitzender Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Recht und Verbraucherschutz	Innen
Jens Spahn	124 Steinfurt I- Borken I	PSt BM der Finanzen	
Dr. Hermann Josef Tebroke	100 Rheinisch-Bergischer-Kreis	Finanzen	Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Hans-Jürgen Thies	146 Soest	Ernährung und Landwirtschaft	Recht und Verbraucherschutz Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Kerstin VierEGge	135 Lippe I	Verteidigung	Ernährung und Landwirtschaft Tourismus
Sabine Weiss	113 Wesel I	Stellv. Fraktionsvorsitzende Petitionen	Arbeit und Soziales Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Elisabeth Winkelmeier-Becker	97 Rhein-Sieg-Kreis I	Sprecherin für Recht und Verbraucherschutz	Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Oliver Wittke	123 Gelsenkirchen	Verkehr und digitale Infrastruktur	Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Paul Ziemiak	141 Herne-Bochum II	Auswärtiges	Europa

BM= Bundesminister, PSt= Parlamentarischer Staatssekretär,

Stand: 31.01.2018

Wirtschaft erlebt kräftigen Aufschwung

In dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages wird dem Parlament der Wirtschaftsbericht 2018, den der Sachverständigenrat für die Bundesregierung erstellt hat, vorgelegt.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Der Sachverständigenrat rechnet mit Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,0 % im Jahr 2017 und 2,2 % im Jahr 2018. Für den Euro Raum prognostiziert der Sachverständigenrat zudem ein Wachstum des BIP von 2,3 % im Jahr 2017 und 2,1 % im Jahr 2018.

Neben einem starken Rückgang der Zinsausgaben haben die gute Konjunktur und strukturelle Veränderungen zu einem erfreulicherweise deutlichen Haushaltsüberschuss beigetragen.

Im Euro-Raum erstreckt sich laut Jahresgutachten die unerwartet kräftige wirtschaftliche Erholung inzwischen auf alle Mitgliedstaaten. Die bedeutendste Komponente des Aufschwungs ist weiterhin der Konsum. Jedoch entwickeln sich die Investitionen inzwischen ebenfalls sehr dynamisch, und die Exporte wachsen wieder stärker. Die Beschäftigung steigt stetig in Europa an, wenngleich die Arbeitslosenquoten in einigen Mitgliedstaaten immer noch sehr hoch sind.

Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus

Zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz hat der Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. „Je weiter die Zeit zurückliegt, desto wichtiger ist die Erinnerung“, sagte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble bei der Gedenkveranstaltung am Mittwoch. Die Gedenkrede hielt die Holocaust-Überlebende und deutsch-britische Cellistin Anita Lasker-Wallfisch. „Aus der Schuld, die Deutsche in den zwölf Jahren der NS-Diktatur auf sich geladen haben, wächst uns nachfolgenden Generationen eine besondere Verantwortung zu“, mahnte der CDU-Politiker Schäuble. Er zeigte sich beunruhigt über wiederaufflammenden Antisemitismus, etwa wenn auf deutschen Plätzen antijüdische Parolen gegrölt oder israelische Flaggen verbrannt werden. „Jede Form von Antisemitismus ist unerträglich. Das gilt für alle, die hier leben, auch für diejenigen, für die die deutsche Vergangenheit nicht die eigene ist.“ Anlass zur „Selbstbeunruhigung“ seien darüber hinaus Ausgrenzungstendenzen.

Anita Lasker-Wallfisch berichtete mit nüchternen Worten darüber, wie sie als Jugendliche den Zivilisationsbruch in Deutschland erlebte. Mit ihrer älteren Schwester saß sie nach versuchter Flucht vor den Nazi-Schergen zunächst im Gefängnis, was für sie beide ein „Riesenglück“ gewesen sei. Denn „es war vorteilhafter, als Verbrecher eingestuft zu werden denn als Jude“, sagte Lasker-Wallfisch. „Verbrecher bekamen einen Prozess, Juden waren Freiwild.“ Nach ihrer Deportation ins Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau habe sie nur deshalb überlebt, weil sie Cello spielen konnte und eine Cellistin für das Mädchenorchester gesucht wurde. Die meisten Gefangenen hätten maximal drei Monate überlebt, berichtete die 92-Jährige. Am 27. Januar jährte sich die Befreiung von Auschwitz durch die Sowjet-Armee zum 73. Mal. Seit 1996 ist dieser Tag in Deutschland offizieller Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

Impressum:

Ausgabe Nr. 02/2018,
01. Februar 2018

Landesgruppe NRW
der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck